

Antrag der Fraktion der CDU**Liberté, égalité, fraternité – auch in Bremen verteidigen!**

Europa hat in der letzten Woche einen der schlimmsten Abende seit langer Zeit erlebt. Die Morde von Paris schockieren und erfüllen uns alle zutiefst mit Trauer. Unser Mitgefühl gilt den Opfern, ihren Angehörigen und Freunden. Sie haben einen Alptraum von Terror, Gewalt und Angst erlebt und werden die tiefen Verletzungen dieser Nacht für immer mit sich tragen. Wir sind solidarisch auch mit allen Franzosen, die sich verunsichert von den feigen Terrorakten in ihrer individuellen Freiheit und dem Vertrauen in Frieden und Sicherheit beeinträchtigt sehen.

Die blutigen Anschläge auf Menschen, die in Paris ihr freies Leben an einem Freitagabend genießen wollten, erleben wir als einen Angriff auf unsere freie und tolerante Lebensform und auf die Werte, die den europäischen Demokratien zugrunde liegen. Die Grundfesten unserer Gesellschaft, die neben Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit vor allem auch auf Toleranz, Nächstenliebe, Solidarität und Mitmenschlichkeit gebaut sind, sind am 13. November 2015 tief erschüttert worden. Für uns steht fest: Wir werden uns diese Werte nicht von feigen Mördern nehmen lassen. Es ist staatliche und zivilgesellschaftliche Aufgabe, unsere Werte gegen Fanatiker und Terroristen zu verteidigen. Militärische Aktionen gegen die mutmaßlichen Drahtzieher des sogenannten Islamischen Staates (IS), wie sie auch jüngst und gegenwärtig u. a. von Frankreich selbst ausgehen, sind keine Vergeltung, sondern legitime Selbstverteidigung und Teil notwendiger Prävention vor weiteren terroristischen Anschlägen.

Wir wehren uns entschieden dagegen, die aktuelle Flüchtlingsdebatte mit dem Thema Terrorismus missverständlich in Verbindung zu bringen. Die meisten Menschen, die aus Syrien und dem Nahen Osten zu uns kommen, fliehen vor dem Terror und den Morden des IS. Wir dürfen die Saat des IS durch die Terrorakte eben diese Flüchtlinge als Bedrohung wahrzunehmen, nicht aufgehen lassen. Dazu gehört eine gelebte Willkommenskultur für Flüchtlinge ebenso, wie das entschiedene „Nein“ zu Fremdenfeindlichkeit und rechtsextremem Gewalt. Zugewanderte und Flüchtlinge müssen im Gegenteil vor Versuchen der Instrumentalisierung und Einvernahme durch islamistische Kreise geschützt werden.

Gleichwohl müssen wir religiösem Fanatismus entschlossen entgegenzutreten. Der sich ausbreitende Einfluss radikaler Islamisten ist auch in Bremen und Bremerhaven zurückzudrängen. Für uns ist klar, dass aus dem Terror von Paris keine Sprach- und Tatenlosigkeit der Politik, auch auf regionaler Ebene folgen darf. Ein schlichtes „weiter so“ darf es, angesichts der kriegsähnlichen Zustände in Frankreich beim Umgang mit Islamisten und bei der Verhinderung der Verbreitung islamistischen Gedankenguts, nicht geben – weder im Land Bremen noch in ganz Deutschland.

Sicherheit für seine Bürgerinnen und Bürger zu garantieren, ist, unabhängig von haushaltspolitischen Erwägungen, oberste Verantwortung jeder Gebietskörperschaft und damit auch des Landes Bremen. Wir erwarten, dass auch in Bremen und Bremerhaven, eingebettet in nationale und europäische Sicherheitskonzepte bei Nachrichtendiensten, Polizei und Verfassungsschutz stets das Erforderliche getan und gegebenenfalls auch deutlich nachgebessert wird. Das gilt nicht nur für Rechtsgrundlagen, personelle und finanzwirksame Maßnahmen, sondern auch und vor allem ideell: Es ist in der öffentlichen Debatte unmissverständlich klarzustellen, dass die

Stärkung öffentlicher Sicherheitsorgane sowie die Überwachung, Ermittlungen und das Vorgehen gegen Islamisten Ausdruck des Kampfes für Freiheit und Demokratie sind. Hierbei haben die Sicherheitsorgane Anspruch auf politische Unterstützung und benötigen neben der erforderlichen Ausstattung auch einen transparenten, geeigneten und auf Kontinuität angelegten rechtlichen Rahmen.

Wir treten dafür ein, dass Deutschland sich solidarisch an entschlossenen Aktionen der internationalen Staatengemeinschaft gegen den IS beteiligt. Wir werden nicht hinnehmen, dass der Krieg aus dem Nahen Osten durch religiöse Fanatiker nach Europa getragen wird und unsere Freiheit und demokratische Lebensweise beschneidet. Wir erwarten, dass sich die Bundesregierung, nach gründlicher Prüfung der Sicherheitssituation in Wahrnehmung internationaler Solidarität und Verantwortung, am Kampf gegen den IS beteiligt.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) trauert um die Opfer der barbarischen Anschläge in Paris am 13. November 2015. Ihr tiefes Mitgefühl gilt den Familien, Angehörigen und Freunden der Opfer, die unsägliches Leid erleben mussten.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) verurteilt die feigen Gewalttaten von Paris als einen Angriff auf unsere freiheitliche Gesellschaft und unsere Grundwerte. Sie ruft die Bremerinnen und Bremer auf, sich diese Werte nicht von Angst und Terror nehmen zu lassen und sie entschieden zu verteidigen.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) unterstützt solidarische und entschlossene Aktionen der internationalen Staatengemeinschaft gegen den Islamischen Staat im Nahen Osten.
4. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, der zuständigen Deputation für Inneres bis zum 31. März 2016 darzulegen,
 - a) ob und in welchem Umfang für den Erhalt der öffentlichen Sicherheit die Rechtsgrundlagen sowie die personelle und finanzielle Ausstattung von Polizei und Verfassungsschutz ausreichend sind und gegebenenfalls welche zusätzlichen Mittel für ihre Arbeit zur Verfügung gestellt werden müssten,
 - b) wie entschiedener als bisher gegen Islamismus und religiösen Fanatismus in Bremen vorgegangen werden kann und insbesondere Anwerbeversuche von Islamisten in Flüchtlingsunterkünften nachhaltig unterbunden werden können,
 - c) welche personal- und finanzwirksamen Maßnahmen im Bereich Polizei und Verfassungsschutz von den anderen Ländern und dem Bund für notwendig erachtet und bereits umgesetzt wurden,
 - d) wie noch wirksamer und auf der Basis gemeinschaftlicher Standards bei Polizei, Verfassungsschutz und anderen Nachrichtendiensten zusammengearbeitet werden kann und
 - e) welche zusätzlichen Anstrengungen zur Prävention vor Radikalisierung und Islamisierung für notwendig und möglich erachtet werden.

Dr. Thomas vom Bruch,
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU